

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 Pf. vierteljährlich 1.50 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.60 Mk. exkl. Verlagsgeb.

„Die Neue Welt“ (Anschaltungsgebühr), monatlich 10 Pf.

Verlagspreis: Einzelhefte: 10 Pf. 20 Pf. 30 Pf. 40 Pf. 50 Pf. 60 Pf. 70 Pf. 80 Pf. 90 Pf. 1.00 Mk. 1.20 Mk. 1.50 Mk. 2.00 Mk. 2.50 Mk. 3.00 Mk. 3.50 Mk. 4.00 Mk. 4.50 Mk. 5.00 Mk. 6.00 Mk. 7.00 Mk. 8.00 Mk. 9.00 Mk. 10.00 Mk. 12.00 Mk. 15.00 Mk. 20.00 Mk. 25.00 Mk. 30.00 Mk. 40.00 Mk. 50.00 Mk. 60.00 Mk. 70.00 Mk. 80.00 Mk. 90.00 Mk. 100.00 Mk. 120.00 Mk. 150.00 Mk. 200.00 Mk. 250.00 Mk. 300.00 Mk. 400.00 Mk. 500.00 Mk. 600.00 Mk. 700.00 Mk. 800.00 Mk. 900.00 Mk. 1000.00 Mk.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6 Spalten 20 Pfennig pro Zeile pro Tag. Die monatliche Abgabe 5 Mk. 50 Pfennig. Im rekognoszierten Falle halber die Rate 70 Pfennig.

Insertate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vier Tage vor dem Druck der Expedition zugehen.

Eingetragen in die Postverzeichnisse.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Veltjisch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Barz 42/43. Geschäftsverträge von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. in Redaktion: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/1 Uhr mittags.

Das Marokko-Abkommen.

Ein „Erfolg“ der deutschen Regierung.

Aus Paris schreibt man uns: Die Aufnahme, die der Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen in Frankreich findet, läßt die abgründliche Unfähigkeit der deutschen Diplomatie erst richtig einsehen. Was konnte die deutsche Regierung, als sie daran dachte, sich die Anerkennung des französischen Protektorats über Marokko bezahlen zu lassen, erreichen. — Ungefähr alles, was man auf diplomatischem Wege erreichen kann. Wenn sie ohne Rärm und kriegerisches Weiborium der französischen Regierung erklärt hätte — was sie sich jetzt verplüßelt hat: „Ich bin bereit, das Protektorat Frankreichs über Marokko anzuerkennen und dafür bei den übrigen Signatarmächten von Algerien einzustreiten.“ Und wenn sie dann hinzugefügt hätte, daß sie ihrerseits eine günstige Grenzregulierung in Zentralafrika wünscht, hätte sie zweifellos materiell ohne Mühe viel mehr bekommen können als sie jetzt nach monatelanger Festsitzung und Drohen abgegründet hat. Aber der unmittelbare materielle Erfolg fällt dabei gar nicht ins Gewicht, denn welche Bedeutung für den Gesamthandel Deutschlands und für seine politische Stellung in der Welt hat schließlich der Austausch eines mehr oder weniger großen Stückes von Zentralafrika, auch wenn dabei Deutschland der Gewinne sein sollte — soweit man Kolonien als Gewinn betrachtet will? — Selbst wenn sich der einfluß der Hoffnungen der deutschen Imperialisten auf ein großes deutsches Zentralafrika von Kamerun bis Ostafrika realisieren sollten, was zum mindesten fraglich ist — inwiefern würde durch die Lage des deutschen Volkes und das „Ansehen“ des Deutschen Reiches geboten sein? — Die deutsche Regierung hätte eine ganz andere Aufgabe zu lösen, als die Erwerbung einer mehr oder weniger großen Fläche tropischen Urwalds. Seit 40 Jahren läßt Europa unter der politischen Ueberanstrengung, die der deutsch-französische Krieg geschaffen hat, in allen Lagern empfindet man die Situation als unerträglich. Im Mittelalter wird Spannung stehen Deutschland und Frankreich. Beide Völker sind wirtschaftlich und kulturell geradezu aufeinander angewiesen. Um das zu wissen, braucht man gar nicht in die Vergangenheit zurückzugehen, sondern nur zu schließen, wie hoch alle diese wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen Frankreichs und Deutschlands immer enger geworden sind. Aber die Politik darf diese Beziehungen nicht trennen. . .

Auch mit England, das in Frankreich noch vor 15 Jahren als „Schleim“ galt, bestand ein solches gespanntes Verhältnis, das aber auf eine maximale und kolonialpolitische Konkurrenz von sehr realer Bedeutung beruhte, ohne durch einen tatsächlichen Austausch ausgeglichen zu werden. Und doch ist daraus die entsandte cordiale, die französisch-englische Freundschaft geworden. Dieses kleine Wunder kam zustande, weil die englische Regierung zur französischen sagte: Wogu uns um Ägypten prügeln? Stimmt bei Marokko und laßt mich Ägypten nehmen. Meine Handelsbilanz ist zwar in Marokko von allen Mächten die größte, ich will aber trotzdem innerhalb 30 Jahren selbst auf die wirtschaftliche Gleichberechtigung verzichten.

So kam ohne Gefehel das Mittelmeer-Abkommen zustande, daß Frankreich von Marokko effektiv Besitz ergreifen konnte. Dazu fehlte — außer der Zustimmung der Marokkaner selbst — die Zustimmung Deutschlands. Mit Spanien hätte sich Frankreich über die Aufteilung verständigt. Spanien fühlte sich aber plötzlich benachteiligt und schickte Truppen nach Marokko — genau wie Frankreich. Das war der psychologische Augenblick für die deutsche Regierung, um ihrer Zustimmung die nötige Bedeutung zu geben. Tatsächlich scheint dieser für etwas Ähnliches vorgebeugt zu haben. Sie benahm sich dabei jedoch so plump, wie sich nur eine aus beschränkten Bureaukraten und schnarrenden Junkern zusammengesetzte Regierung benehmen kann. Sie protestierte eine neue Marokkoliste. Heute kann man das Resultat dieser Politik ablesen. Der endliche Abschluß der Verhandlungen wird mit einer müden Gleichgültigkeit aufgenommen, die der monatelangen Aufregung folgte. Kein Spur von Beugnung, geschweige denn von Anerkennung. Man rednet nach, was man gibt und schließt: Wenn wir nur die Deutschen los sind. Von einer deutsch-französischen Freundschaft kann es wenigstens als je die Rede sein. Das ist der moralische „Erfolg“ der deutschen Regierung.

Von dem materiellen Erfolg wissen wir, daß er hauptsächlich darin besteht, daß eine direkte Verbindung mit dem belgischen Kongokanal bereitgestellt ist, allerdings durch einen neutralisierten Kanal durchbrochen, der die Verbindung zwischen dem nördlichen und südlichen Teile des französischen Kongos aufrecht erhält. Dazu kommen verschiedene Grenzregulierungen und Gebietsabänderungen, die ohne besondere Bedeutung sind.

Und um dieser Sicherheit willen mußte ganz Europa in Bewegung gesetzt werden. Italien der Anlaß zu seinem Raubzug gegeben und damit sowohl das Bündnis mit Italien wie die Beziehungen zum Türkei kompromittiert werden. Belgien und geregelt ist aber auch in Zentralafrika nichts. Denn um die Hoffnungen der deutschen Imperialisten zu realisieren, dazu bedarf es einer Verständigung mit England, Belgien und Portugal. . .

Einen Fußtritt für den Reichstag!

Selange der Reichstag verlammet war, suchte die Regierung den Anschein zu erheben, als ob ihn das deutsch-französische Abkommen wenigstens in einem der beiden Teile zur Genehmigung unterbreitet werden sollte. Jetzt, da der Reichstag glücklicherweise unterhalb Wochen verlagert ist, rückt man erst mit der ganzen Wahrheit heraus. Dem Reichstag wird gefordert, über das Abkommen zu reden, sobald es abgeschlossen ist, man verweigert ihm aber das Recht, es anzuerkennen oder zu verwerten.

Die Nordb. Allgem. Zeit. erklärt, daß das Marokkoabkommen eine nicht der Befähigung des Reichstags unterliegende Materie sei und bezogel die Forderung, eine Abtümung darüber im Reichstage herbeizuführen, als eine „Schmälerung der verfassungsmäßigen Rechte des Reiches“. Weiter meldet sie: Die Frage, ob ein Staatsvertrag über die Abtretung oder den Erwerb von Kolonialgebieten zu einer staatsrechtlichen Gültigkeit der Zustimmung des Bundesrats und der Genehmigung des Reichstags bedarf, ist, wie wir hören, von den zuständigen Reichsministern geprüft und im verneinenden Sinne beantwortet worden.

Also der Reichstag hat überhaupt nichts zu sagen! Der Kaiser und seine Vertrauensmänner lenken die Geschicke des deutschen Volkes in der auswärtigen Politik nach eigenem Gutdünken: das Volk und seine gewählte Vertretung haben auf ihre Entscheidungen nicht den geringsten Einfluß. Und das wird einfach und ohne weiteres dekretiert, von der Regierung Behauptungen — drei Jahre nach den berühmten Novemberdebatten, die die unheilbare Schwäche des persönlichen Regiments vor aller Welt in vernichtender Weise bloßlegte!

Aber freilich, die Regierung kann sich bei ihrem Vorgehen auf die Verfassung berufen, die ja völlig auf die Konstitutionierung eines diktatorischen Willkürherrs ausgeht. Die Verfassung bestimmt, daß der Kaiser im Namen des Reichs die auswärtigen Mächten zu schließen und das Reich nach außen staatsrechtlich zu vertreten hat. Dasselbe damit ist das persönliche Regiment doppelt befestigt: Erstens steht dem Kaiser die unbeschränkte Verfügung über das Militär zu, zweitens herrscht der Kaiser nach außen unumkränkt. Und das Volk? Und die Volkvertretung? Die haben nichts zu entscheiden! Sie werden höchstens zum Reden zugelassen, aber auch nur zu einem Zeitpunkt, der der Regierung paßt und wo alles schon abgeschlossen und erledigt ist.

Die Regierung ist freilich nicht „verpflichtet“, die Volkvertretung auszuscheiden, sie tut es aber, um in der schärfsten Form zu zeigen, wie einflußlos das Volk ist. Unter Reichstag ist kein Nachsatz, sondern ein schärfes Schmähwort an das persönliche Regiment. Die Franzosen, die Engländer können in jedem Augenblicke die Regierung zwingen, die Minister desonoren, wenn sie mit ihnen unzufrieden sind, sie können die Fehler, die in der auswärtigen Politik gemacht werden, korrigieren. Zu derselben Zeit aber, zu der die französische Kammer über Annahme oder Ablehnung des Marokkoabkommens beschließen wird, wird der Reichstag wieder einer seiner ohnmächtigen Interpellationsdebatten führen, bei denen nichts herauskommt und durch die am Stand der Dinge auch nicht das Geringste geändert werden kann.

Ein solcher Debattierparlamentarismus ohne Befähigung ist ein staatsrechtlicher Linn und eine frivole Komödie zum Betrage des Volkes. Zum Kritiker braucht man kein Parlament, dazu ist die Presse da, das sind ihre eigentlichen Funktionen. Das Parlament soll aber nicht bloß Meinungen vernehmen, es soll beschließen, es soll Verantwortung übernehmen, es soll beschließen, soll handeln. Dieser selbstverfügbliche, seinem Wesen entsprechende tatsächliche Einfluß auf die Reichsgeschäfte wird aber dem Reichstag durch geschraubte Interpretationskünste verwehrt. Er selber hat es sich schon über vier Jahrzehnte gefallen lassen und trümbt sich (in seiner Mehrheit), seine Rechte aus eigener Kraft zu erweitern.

Es ist gut, daß dieser Skandal noch vor den Wahlen kommt. Das Volk sieht hier wieder, welche Nierenanleihe ihm noch bevorsteht. Es muß der Volkvertretung die ausschlaggebende Macht erobern. Da das aber keine der bürgerlichen Parteien desonoren, wenn sie mit ihnen unzufrieden sind, in den Novemberdebatten, die ein parlamentarisches Regiment), so bleibt als einzige Hoffnung nur die Stürmung der Sozialdemokratie.

Zum Fußtritt nach den Wahlen!

Die Mitteilung, daß dem Reichstage die vereinigten Kammerparlamenten nur „Kenntnisnahme“ unterbreitet werden, hat in den Kreisen der Nationalliberalen etwas verursacht. So fördert die Nationalliberalen Korrespondenz:

Das ist unendlich bedauerlich, aber eine noch größere Inanständigkeit kann dem Reichstage bevorstehen, wenn die Regierung auch in dieser Frage an der Geplogenheit festhält, die sie sich von jeher in auswärtigen Angelegenheiten gegenüber der Volkvertretung zu verhalten erlaubt hat. Es ist eine feststehende Gewohnheit geworden, die Verprechung des Etats des

Auswärtigen Amtes auf die allerletzten Tage der Beratungszeit zu versetzen, so daß eigentlich noch niemals eine eingehende Behandlung der Fragen der auswärtigen Politik möglich war. In allen Kreisen befürchtet man, daß diese eigenartige Taktik auch in der Behandlung des Marokkoabkommens verfolgt werden dürfte, indem der Vorkurs erst ganz kurze Zeit vor der Plenarbehandlung zur Kenntnis der Abgeordneten gebracht wird. Der Volkshörigkeit halber sei hinzugefügt, daß dieser schmachvolle Zustand stets die Billigung der Rationalliberalen gefunden hat, die in nicht mehr zu überschätzender Anhänglichkeit Wünsche der Regierung als Beschle aufgestellt haben.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Aus Wien wird uns geschrieben: Dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, der am Sonntag in Innsbruck zusammengetreten ist, steht reiche Arbeit bevor. Der Bericht, den die Parteivertretung vorlegt, konstatiert, daß sich die Organisation, wie sie auf dem letzten Parteitag in Wien beschlossen wurde, eingelebt hat, so daß die Zahl der Parteimitglieder zahlenden Genossen von 115 000 auf 140 000 gestiegen ist. Der Innsbrucker Parteitag wird die Organisation auf der in Wien beschlossenen Grundlage wieder ausbauen und namentlich auch die Reform der letzten wichtigen Aufgaben wird es dabei auch sein, dafür zu sorgen, daß der Partei größere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Parteivertretung schlägt die Einführung eines besonderen Budgets für den Wahlfonds in der Höhe von mindestens 20 Millionen vierteljährlich vor, der zur Hälfte der Parteivertretung für den Zentralwahlfonds, zur anderen Hälfte den Bezirken und Ländern für ihre eigenen Wahlfonds zufließen soll.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, um den sich vornehmlich die Debatte auf dem Kongress in weitestem Umfange drehen wird, bildet aber das Verlangen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich, worüber Dr. Adler referieren wird. Es handelt sich hier um die Stellung, die die Partei zu den Separatisten, d. i. zur nationalen Befreiung der Gemäßigten und zur Nationalisierung der scheidenden Sozialdemokratie überhaupt einnehmen soll. Die meisten Anträge, die bisher bereits eingebracht wurden, betreffen sich mit dieser Frage, ein Zeichen, wie sehr die ganze Parteibasis davon überzeugt ist, während die deutschen Arbeiter eine Teilung die separatistisch-nationalistischen Bestrebungen der scheidenden Sozialdemokratie anlangt als eine Schärfe anzusehen geneigt waren, die aus den Agitationsbestrebungen der scheidenden Sozialdemokratie entsprungen ist, erkennen sie jetzt, daß sie diese Richtung unterstützen sollen und daß es der nationalpolitischen Agitation der Separatisten gelangen ist, breite Schichten des scheidenden Sozialismus mit nationalem Chauvinismus zu erfüllen und sie von den gerade wegen proletarischer Politik abgubringen. Die Agitation der Separatisten besteht nun ausschließlich aus nationalen Schlagworten und aus Beispielen über die deutschen Sozialdemokraten. Deshalb verlangt eine größere Anzahl von Anträgen, daß alle Beziehungen zur scheidenden Sozialdemokratie abgebrochen werden sollen; es solle ein Gesamtparteitag einberufen werden, der die Ausschließung der scheidenden Sozialdemokratie von der österreichischen Internationalen vorzunehmen soll. Als einzige Vertreterin der scheidenden Sozialdemokratie sei die neue, auf dem Standpunkt des Internationalismus stehende Partei anzuerkennen, die sich zum Unterschied von der alten „scheidenden Sozialdemokratie“ die „sozialdemokratische Arbeiterpartei“ nennt. Am präzisesten ist diese Anschauung in dem Antrage der Bezirksorganisation Wien-Margarethen ausgesprochen, der folgenden Wortlaut hat:

Mit Hinweis darauf, daß die scheidende Sozialdemokratie durch die Propaganda des nationalen Separatismus offenkundig die Prinzipien der sozialdemokratischen Internationalen verleugnet, sich durch ihre Erklärungen programmatisch zum schroffen Nationalismus bekennt hat, im Sinne ihres Bekenntnisses die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisation zerrüttert und dadurch die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse geschwächt und lahmgelegt hat, mit Hinweis darauf, daß die scheidende Sozialdemokratische Partei für eine nationale Interkommunistenpartei mit dem Schlagen der Arbeiterpartei plädiert und wirkt und damit das Klassenbewußtsein der scheidenden Arbeiter und die internationale Klassen солидарität behindert, spricht der Parteitag aus:

Die scheidende Sozialdemokratische Partei hat den Boden der internationalen proletarischen Klassenkampfgemeinschaft verlassen. Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, den Ausschluß der scheidenden Sozialdemokratischen Partei aus der sozialdemokratischen Internationalen beim internationalen sozialistischen Bureau zu beantragen. Der Parteitag erklärt ferner, die neuorganisierte scheidende sozialdemokratische Arbeiterpartei als eine auf dem Boden des internationalen Klassenkampfes stehende Partei anzuerkennen.

Schließlich fordert der Parteitag alle internationalen Arbeiterparteien auf, solidarisch gegen die separatistischen Bestrebungen der tschechisch-slawischen Partei Stellung zu nehmen, und beauftragt die Parteileitung mit dem Ersuchen der internationalen Arbeiterparteien die Einberufung eines Weltparteitages ebensolch vorzubereiten.

Entscheidungen ähnlichen Inhalts haben noch eingebracht, die Organisationen von Wien-Währing, Wien-Neubau, Brünn, Salzburg, Reichenberg, Schmöder, Währing-Ötzen u. a. Die Entscheidung des Parteitag ist für sich nicht mit Bestimmtheit voraussehbar. Doch die neue tschechisch-slawische Arbeiterpartei, die sich erst vor einem halben Jahre konstituiert hat, sich nicht auflösen wird, unterliegt keinem Zweifel. Dieser Beschlus wird wahrscheinlich einstimmig gefasst werden. Würde doch die Partei erst gegründet, als die tschechisch-slawische Partei alle leitenden Genossen unter den tschechischen Zentralisten und mit ihnen an zwei Dutzend Organisationen auslöschend und es ihnen dadurch unmöglich machte, innerhalb der Partei gegen den Nationalismus zu wirken. Dagegen wird sich die Parteileitung dafür einsetzen, einen Beschlus zu verhindern, das die Beziehungen zu der alten Partei abgebrochen und deren Auslösung aus der Internationalen angeordnet werde. Sie sieht nämlich auf dem Standpunkte, daß ein solcher Beschlus ein Einlenken der tschechisch-slawischen Partei — das binden müßte, sobald die Ermüdung eintreten wird — nur hindern würde. Es ist allerdings noch nicht sicher, ob dieses Bestreben der Parteileitung von Erfolg begleitet sein wird. Jedenfalls wird die Debatte über diesen Punkt von großem Interesse sein.

Politische Uebersicht.

Dall a. S., den 30. Oktober 1911.

Die reichsländischen Stichwahlen.

11 Sozialdemokraten im Landtagel
Am gestrigen Sonntag fanden die Stichwahlen für die sog. Zweite Kammer des Landtages in Ost- und Westpreußen statt. Es waren 25 Kreise, die dabei zur Entscheidung kommen mußten. Da die Zweite Kammer aus 60 Mitgliedern besteht, das Zentrum aber in der Hauptwahl schon 18 Mandate besetzte, bestand die bringende Gefahr, daß das Zentrum allein eine absolute Mehrheit in der Kammer bekommen würde. Die Liberalen, Demokraten und Sozialdemokraten schlossen daher für den zweiten Wahlgang ein „Modusvivere“, das nun in der Tat verbindlich ist, daß das Zentrum nicht auf 30 oder mehr Sitze kam. Der Telegramm meldet:

Strasbourg, 30. Oktober. Bei den 25 Stichwahlen, die gestern stattfanden, wurden gewählt: 7 Zentrum, 10 Liberalen, 1 Fortschritt, 8 Sozialdemokraten und 1 Unabhängiger. Großblockkandidaten sind demnach 16 gewählt worden. Das Gesamtresultat ist jezt: 26 Zentrum, 10 Fortschritt, 10 Liberalen, 1 Unabhängiger, 11 Sozialdemokraten. Von den 60 Abgeordneten haben 21 bereits dem alten Landessitzung beigewohnt.

Anschließend ist im einzelnen die hiesigen Wähler gegenüber den sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten zu verhalten erwiesen haben, läßt sich nicht berechnen. Da sich das Zentrum in der neuen Kammer wohl bei vielen entscheidenden Fragen auf den Fortschritt und Sozialdemokratie als Regierungspartei. Die Sozialdemokratie wird ihre Position selbstverständlich mit allen Kräften ausbauen.

Liberal-konservative Ausrüstung.

Aus Erfurt meldet die Tageblättern Zeitung: Die hiesigen vereinigten Liberalen schlossen für die Reichstagswahl mit den rechtskonservativen Parteien ein Stichwahlkompromiß gegen die Sozialdemokraten.

Das ist reizend! In Erfurt residiert bekanntlich der zweite Vorsitzende des Reichsverbandes, Langenbrötchen Hagemann, der seit 1903 das Erfurter Reichstagsmandat inne

hat. Da nun die Sozialdemokraten mit ihrem Kandidaten Heinrich Schulz Berlin geradenwegs über die Siegespalme greifen, brauchen die Liberalen für ihren Reichsbewerber unbedingt sichere konservative Stichwahlhilfe — falls überhaupt noch eine Stichwahl zum sozialdemokratischen Siege erforderlich sein sollte. Damit sie die Reaktionäre einlegen, verfahren sich jezt die Liberalen mit den Konservativen, die 1907 untern so gefügigen Galleschen Prof. Suchland zum Durchfallskandidaten hatten, jezt aber auf seine wertvolle Mitgliedschaft bezichtigten und einen antisemitischen Reichsanwalt Ulrich aufstellten. Durch diese liberal-konservative Modifikation bleibt in Erfurt alles beim alten. Und es ist wohl überhaupt nur eine Frage der Zeit, wo der „Gesamtliberalismus“ überall wieder Arm in Arm mit den Junkern gegen die Sozialdemokratie marschieren.

Gegen den Imperialismus.

In den beiden ersten Sonntagen im November, also am 5. und 12. des genannten Monats, werden in den größeren Städten des Reiches Demonstrationenabermahlungen stattfinden, in denen zu der neuesten Wirtshaus des Imperialismus, dem italienisch-russischen Krieg, Stellung genommen werden soll. In den Berliner Versammlungen sind erst am 12. November abgehalten werden können, weil am 5. November Stadtverordnetenabermahlungen stattfinden, werden voraussichtlich aus ausländische Genossen sprechen.

Die goldene Internationale!

Die Interessentensolidarität des Kapitals bedeutet eine Mahnung des belgischen Arbeiterpartei. Es hat den Preis für Hüttenlohn um 150 Franken pro Tonne ermäßigt. Die Marktlage zwang zu einer solchen Maßnahme nicht, auch erfolgte sie nicht im Interesse der Konsumenten. Mit der Preisermäßigung will das belgische Kapital lediglich das Rhein-Westfälische Kohlenprodukt in seinem Kampfe gegen die Rußenscheit unterliegen. Die belgische Organisation soll die deutschen nicht indigierten Grubenbesitzer durch Kampfpresse vom belgischen Markt vertreiben, dadurch einen Druck ausüben, damit sie dem Kohlenprodukt sich anschließen. Das belgische Kapital vertritt überdies auch Erzeugnisse der deutschen. Ein belgisches Verzeichnis belgischer belgischer dem deutschen Staatsbankrott sind die belgischen Staatsbankrott. Der Kampf gegen die Rußenscheit hat natürlich den Zweck, die Preis Konkurrenz auszuhalten, die die Konsumenten besser schätzen können. Bei diesem Ziele ist das internationale Kapital ein Herz und eine Seele.

Ein „Handwerk“ mit goldenem Boden!

Es gibt noch ein „Handwerk“ mit goldenem Boden! Ihm eignet dazu ein besonderer Vorzug: seine Ausübung verlangt weder Fleiß noch Geduld, weder Fertigkeit noch Klugheit! Wer vorzüglich war in der Wahl seiner Eltern oder genügend braune Lippen erheiratete oder ererbte, der kann es ohne weitere Vorbereitung ausüben. Es ist das „Handwerk“ des Aktionärs! Die einzige Tätigkeit, die es verlangt, das Apokryphen abzuschneiden, kann man von einem Bankier oder Sekretär oder schließlich auch von einem Diensthofen verrichten lassen. Dem Aktionär obliegt nur noch die „Jehova“! Aufzulegen die Dividenden einzutreiben. Den Umfang des goldenen Stromes, der aus der produktiven Arbeit fließt in die Taschen der Aktionäre ergiebt, illustriert folgende Angaben: für das Jahr 1909-10 erbrachten 3690 Gesellschaften auf 1917 Millionen Mark nominelles Aktienkapital 960 Mill. Mark, gleich 7,38 Proz. Dividenden, für das Jahr 1909-10 3771 Gesellschaften auf 11,558 Millionen Mark Kapital 1043 Mill. Mark, gleich 7,76 Prozent. Das Jahr 1910-11 ließ den Dividendenstrom weiter anschwellen. Bis Ende Juli hatten 3267 Gesellschaften im Reichsanzeiger ihre Abkündigungen veröffentlicht. Diese Gesell-

schaften, die 10 288 Millionen Mark Aktienkapital innehaben, verteilen für 1909-10 eine Durchschnittsbetrag von 7,7 Prozent, für 1910-11 eine solche von 8,04 Prozent!

Die soziale Lage der Aktionäre hat sich gehoben — ein schöner Trost für die hungernden Proletarier, die den Reichtum schufen!

Die Opfer der Klassenjustiz.

Aus Essen wird dem Berliner Volks-Anzeiger gemeldet, daß die Klage um Entschädigung für die erlittene Haft im Jahre 1908 von 11 530 Mark 60 Pfennig, der bekanntlich nachträglich zu einer Freischreibung der Angeklagten führte, zu einer Klage gegen den Justizminister Veranlassung geben wird. Der Justizminister hatte dem früheren Zeitungswegleiter Johann Meyer, jezt in Eisenach, die eine Justizstrafe von drei Jahren sechs Monaten verbüßt hatte, als „Erfolg“ für den Vermögensschaden, der durch die Strafverfolgung entstanden war, einen Betrag von 7200 Mark ausgeprochen. Außerdem hatte Meyer behauptet, die bei ihm eingetretene völlige Erwerbsunfähigkeit sei auf die Strafverfolgung zurückzuführen. Er erhob hierauf Ersatzansprüche in Höhe von 50 000 Mark. Heute erging vom Justizminister der Befehl, daß dieser Antrag als „unbegründet“ abgewiesen ist, weil nach dem Ergebnis der Ermittlungen nicht anzunehmen sei, daß die Erwerbsunfähigkeit eine Folge der Unterjuchungshaft oder Strafhaft ist. Meyer wird nunmehr Klage gegen den Justiz einlegen.

Deutsches Reich.

— Die Reichstagswählerlisten. Nach dem Reichswahlgesetz sind die Wählerlisten „stapeltweise vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu jedermanns Einsicht auszuliegen“. Nach dem bestimmten Wahlreglement müssen die Wählerlisten „mindestens acht Tage“ ausliegen. In Bayern hat der Minister des Innern angeordnet, daß die Listen vom Montag, 11. Dezember, ab ausgelegt werden.

— Gegen die Teuerung. Infolge der Fleischsteuerung nimmt der Konsum von Seefischen im Binnenland von Tag zu Tag zu. Die Gesundheitsverwaltung hat jezt angeordnet, daß auch die Kantinen und Garnisonverwaltungen dem Einkauf von Seefischen, besonders dort, wo Seefischmärkte und Verkaufsstellen bestehen, ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Leider sind bei den Kaufleuten des Binnenlandes aber auch die Preise für die Seefische gestiegen. Da die Fischtransporte vielfach unter ungunstigen Verhältnisseverhältnissen liegen, haben die beteiligten Reeder und Fischhändler Verberseuerungen für den Fischtransport nach dem Binnenland angeregt. Daraufhin hat die Eisenbahnverwaltung zunächst für die Direktionsbezirke Altona und Hannover die Einstellung besonderer Fischtransportwagen in Angriff genommen, die als eine wesentliche Verberseuerungen für den Transport anzusehen sind.

— Josadawsky als Reichstagskandidat. Im Wahlkreis Viefelsfeld-Wienbrunn werden das Zentrum, die nationalliberale und die konservativere Partei dieses Mal vereint vorgehen und als Kandidaten den ehemaligen Staatssekretär Grafen Josadawsky aufstellen. Er soll sich zur Übernahme der Kandidatur bereit erklärt haben.

1907 erhielten in Viefelsfeld: Nationalliberale 14 277, Sozialdemokraten 13 642, Zentrum 9 329 Stimmen. In der Stichwahl siegte dann Gen. Ebering mit 18 409 gegen 16 403 Stimmen, die der Nationalliberale erhielt.

— Der Reichsverband für die „bewährte Wirtschaftspolitik“. Der Reichsverband zur Verberseuerungen der Sozialdemokratie ist auf den letzten Einfall gekommen, die Rede Wetmann Hollweg über die Teuerung als Massenflugblatt verbreiten zu lassen. Er tut damit nur, was die Sozialdemokratie selber tun müßte, hätte er ihr nicht in danteswerter Weise die Arbeit abgenommen. Ein besseres, aufrechteres, sozialdemokratisches Agitationsmaterial als diese Kampferrede gibt es ja überhaupt nicht!

Wo bleibt aber die berühmte Neutralität des Reichsverbandes?

Das Monopol.

(Nachdr. verb.)
Sozialer Roman aus dem russischen Volkesleben von Karl Ruffisch.

Der schmerzhafteste Ausdruck in Gled Michailowitschs Antlitz wurde jezt noch marterner. „Genießt nicht es in Ihrer Macht, Vätern!“ rief er aus. „Und wenn Sie nur wollen, so können Sie mich noch heute abend zum glücklichen Menschen machen!“

„Wo verheißt sie nicht!“
„Aber mein Gott, was ist denn da nicht zu verheißten. Natatja hat den Wunsch geäußert, daß Sie uns trauen möchten. Wie wäre es, wenn Sie ihren Vater noch heute ...“

„Nein, nein, nein,“ rief Vater Sergius ab, „das geht nicht, das geht gar nicht an!“ Seine Antwort sprach bei diesen Worten ein tiefer Ernst.

„Aber Gled ...“ wollte Natatja schon ganz verwundert einwenden, als sie das veraltete Schmunzeln in seinem Mundwinkel bemerkte und herzlich auflachen mußte. „Er lacht, Vätern, er lacht!“ rief sie dem Genossen zu, der zur Antwort gegen Dudow wachend den Finger hob und meinte:

„Ei, ei, ei, Gled Michailowitsch, was muß ich nur erleben!“
„In solchen Stunden aufgelaugt habe ich Sie noch nie gesehen!“
„O, ich möchte Ernst, ich möchte ganz entschiedenen Ernst — mit dem Vater!“ rief Dudow lautlich aus.

„Das will ich gar nicht beweisen, ich habe verheißte Stimmung aus Ihrem Gesicht für genug zu erkennen ist“, entgegnete Vater Sergius. „Sie müssen aber nicht glauben, daß es mit der Trauung so idell geht.“

„Aber doch noch den großen Kasten?“
„Wenn alle Dokumente in Ordnung sind, wird das gehen, ich werden Sie wohl noch bis „Maratjan (Vorla)“ warten müssen!“

„Damit wird nicht so lange zu warten brauchen, haben wir Ihnen den heutigen Geld abgeholt. Wenn wir uns rechtzeitig angemeldet haben, geht es doch mit dem Aufgebot und all den Formalitäten schneller.“

„O, gewiß, nur ist es unbedingt notwendig, daß alle Dokumente in Ordnung sind. Wir haben jezt strenge Vorschriften, deren Nichtbeachtung able Folgen für uns haben könnten.“

„Aber bitte, noch ein Tischen Tee“, unterbrach Anna Maximowna das Gespräch, indem sie sich Natatjas Tee reichen ließ, und auch Gled Michailowitsch und ihren Mann bediente.

„Was sind denn alle formalen Dokumente notwendig?“ fragte Dudow.

„Zunächst, das Willkürprotokoll, für Minderjährige ein notariell beglaubigtes Vertrauens-Erklärung der Eltern oder deren Totenschein, ein Aktiennote von der Polizei, daß gegen die

Trauung nichts einzuwenden sei, und schließlich eine kirchliche Bescheinigung über die letzte Kommunikation, die vom Datum der Trauung nicht weiter zurückliegen darf als ein Jahr!“

„Aber Gott, aber Gott, da muß man ja noch extra ein Lastenprotokoll mieten und noch die „Jehova“! Aufzulegen die Dividenden einzutreiben. Den Umfang des goldenen Stromes, der aus der produktiven Arbeit fließt in die Taschen der Aktionäre ergiebt, illustriert folgende Angaben: für das Jahr 1909-10 erbrachten 3690 Gesellschaften auf 1917 Millionen Mark nominelles Aktienkapital 960 Mill. Mark, gleich 7,38 Proz. Dividenden, für das Jahr 1909-10 3771 Gesellschaften auf 11,558 Millionen Mark Kapital 1043 Mill. Mark, gleich 7,76 Prozent. Das Jahr 1910-11 ließ den Dividendenstrom weiter anschwellen. Bis Ende Juli hatten 3267 Gesellschaften im Reichsanzeiger ihre Abkündigungen veröffentlicht. Diese Gesell-

„Vorchrift!“ Vater Sergius antwortete mit dem Kopfen.
„Dann werde ich wahrscheinlich auch was sage ich wahrscheinlich!“ dann werde ich ganz entschieden noch noch zumuntieren müssen! Und die steht es mit dir, mein Tauschein!“

Er sah bei den letzten Worten Natatja fragend an.
„Sie sente erlöblich die Wile zu Woden.“

„Ich bin eine sehr große Sünderin“, flüsterle sie. „Ich habe schon jezt einigen Jahren das Verheißnis nicht angenommen.“

„Ei, ei, ei, ei!“ Vater Sergius schüttelte halb normurrisch, halb gutmütig lächelnd den Kopf. „Aber sonst alles in Ordnung!“

„Ich habe auch weder meinen Tauschein, noch meines Vaters und meiner Mutter Totenscheine. Und da ich noch nicht mündig bin ...“

„Sollte es nicht möglich sein, die Totenscheine Ihrer Eltern aufzutreiben, so konnte auch die schriftliche Erklärung meiner Zeugen genügen, die unter Umständen bereit sind, eiblich zu bezeugen, daß Ihre Eltern gestorben sind. Den Tauschein müssen Sie aber auf jeden Fall haben.“

„Sie werden doch wohl mitbringen, wo Sie aufzutreiben werden.“

„Aber Sie sind einverstanden, daß Sie den Tauschein in kurzer Zeit eine Kopie des Zeugnis aus dem Kirchenbuche, das genügt.“

Während Vater Sergius noch zu Natatja sprach, hatte sein Gedanken sich an die gedemütigt und verlangte ganz einzuziehen bei dem Kante an der Seite zu erkennen, was er noch nicht wahrhaftig für den Kasten auf die Kiste hob, schauderte ihm etwas erzählte, wor Anna Maximowna arbeiteten, um für den Namtschickel den Tee in die Küche zu tragen.

Vater Sergius Augen rübten mit Wohlgefallen auf Natatja.

„Sie sind zu beklammern“, flüsterle er Dudow zu, „daß Sie sich entschlossen haben, sie zu heiraten!“

„Die meisten Menschen werden mich in ihrer Vereingemommenheit teilweise verzeihen, teilweise bedauern“, entgegnete Gled Michailowitsch demselben.

„Da haben Sie recht. Die Menschen sind heillos und unerbittlich. Wenn Sie von einem solchen Fall in einer Rolle, in einem Monopole, so fühlen sie sich oft bis zu Tränen gerührt, innerlich geläutert. Sollen sie aber Ernst machen, sich von den als Verurteilt erkannten Lebensansichten auch in ihrer Denkmalsweise betreffen, so haben sie die Wahrheit längst vergessen und nennen ihre Verurteilung: notwendige Konsequenzen ihrer Verurteilung, Sittdiebstahl, Unfallsbegriffe, Massenbewußtsein usw. Daß wir aber alle Kinder derselben Natur, derselben altgütigen Natur sind, fällt nur den weisesten ein, obwohl das doch die Grundlehre unseres ganzen Weltentstandes ist.“

„Aber Tätigkeit muß Ihnen so viel Befriedigung gewähren, daß Sie den Menschen nicht zu ähnen brauchen!“

„O, da irren Sie sehr. Ich habe mit meinem Reich schon oft die bittersten Erfahrungen gemacht.“

„Nach diesen Worten wurde er sehr ernst. — „Und gerade wenn ich denke, daß endlich das Schlimmste überwunden, dann folgt eine neue Enttäuschung, ein neuer Schmerz, eine neue schwere Sorge!“

„Aber man können Schmeicheleien in den Weg.“

„Aber, wenn es so das wäre! Man scheint systematisch und raffiniert bei der Arbeit zu sein, um mein ganzes Lebenswerk in Frage zu stellen!“

„Wäre so etwas nur möglich! Ären Sie sich nicht? Man weiß doch sehr gut, daß das Volk Sie verehrt.“

„Das Volk? Freut man bei uns überhaupt nach der Meinung des Volkes? — Ich habe erfahren, daß man in hohen administrativen Kreisen mit die Schuld gibt, daß die Brenner geschlossen haben. Das hat nicht nur bei der Agziesverwaltung, sondern auch beim ganzen Adel arg verhängt. Und meine armen Alkohollieferant für die Strafe treffen!“

„Aber, wenn ich verheißte Sie nicht!“

„Aber, wenn ich verheißte Sie nicht! Ich würde Ihnen schon etwas davon erzählen — als das Brandtweinmonopol von der Regierung beschloßen worden war, mich an die Spitzen sowohl der geistlichen als auch weltlichen Behörden mit der Bitte gewandt, eine Kronbrandtweinbude in Radabino nicht zu eröffnen.“

Ich führte in meinen Gedanken den kirchlichen Ratwies über den großen Rauben meiner Alkohollieferantenmethode und glaube natürlich, daß meine Argumente die Nachbater veranlassen würden, meine Bitte zu berücksichtigen, um so mehr, als unsere offizielle Presse einstimmig behauptet, daß der Zweck des Monopols die Befreiung der Trunkenheit sei. Nun, und seit einigen Tagen habe ich den Befehl in Händen. Die Agziesverwaltung teilt mir mit, daß die vom Ministerium getroffene Einteilung nach Raubons und die nach einem bestimmten Plan vorgeschienen Verlaufsstellen nicht abgeändert werden könnten. Man habe eine gewisse Durchnahmskoeffizient der Bevölkerung für jezt zu eröffnen Brandtweinbude bestimmt. Dabei sei man überaus loyal zu Werte gegangen. Man müsse auf die Bevölkerung schon entschiedenen Rücksicht nehmen. Radabino sei ein großes Dorf, sein Bevölkerung hätte sich in letzter Zeit so sehr gehöhrt, daß die Gerechtigkeit es verlangte, dieselbe eine Monopolbude zu eröffnen. Religiöse Kreise hätten aber bei rein administrativen und finanziellen Angelegenheiten vom Finanzministerium in keiner Weise berücksichtigt werden. Die Eröffnung der Bude sei eine beschlossene Sache gewesen, noch ehe ich meine Wirtshaus eingereicht hätte, und dabei müßte es bleiben!“

Und dann erzählte ich noch eine lange Erzählung aus der Kasse der geistlichen Genossen. Es wurde mir darin ganz unerbittlich erklärt, es stände mir, als Dorsgeistlichen, nicht an, gegen Maßnahmen der weltlichen Obrigkeit Schritte zu unternehmen. Der Adelsmarschall, der Schuldbourbon und die Geistlichkeit aus der Radabinskaff hätte ich schon über meine Tätigleitet befragt. Die Agziesverwaltung und Radabino seien nachher eine öffentliche Angelegenheit geworden. Sedenfalls könne mir die hohe Geistlichkeit in keiner Weise ihren Schutz andeuten lassen, wenn es der Regierung als zweckmäßig erscheinen sollte, meine Tätigleitet, die die Autorität der Regierung untergrabe, entweder einzuführen oder ganz zu verbieten!“

(Fortsetzung folgt.)



Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Die amtlichen Preisberichte des preussischen statistischen Landesamtes zeigen einen ungefähren Ueberblick über die enorme Steigerung, welche die landwirtschaftlichen Produkte in den letzten Wochen erfahren haben.

Von den Getreidearten hat der Weizen am wenigsten unter der allgemeinen Preissteigerung gelitten. Er ist im Durchschnitt der 50 Hauptmarktorte Preußen von 200,8 auf 203,0 M. für 1000 Kilogramm gestiegen.

Die Roggenpreise sind im Vergleich mit den anderen Getreidearten am wenigsten unter der allgemeinen Preissteigerung gelitten. Eine Preissteigerung um 1 M. hatte nur Stade, alle anderen Orte hatten Preissteigerungen.

Die Kartoffeln sind im Vergleich mit den anderen Getreidearten am wenigsten unter der allgemeinen Preissteigerung gelitten. Eine Preissteigerung um 1 M. hatte nur Stade, alle anderen Orte hatten Preissteigerungen.

Die Preise für Getreide sind im Vergleich mit den anderen Getreidearten am wenigsten unter der allgemeinen Preissteigerung gelitten. Eine Preissteigerung um 1 M. hatte nur Stade, alle anderen Orte hatten Preissteigerungen.

Die Preise für Getreide sind im Vergleich mit den anderen Getreidearten am wenigsten unter der allgemeinen Preissteigerung gelitten. Eine Preissteigerung um 1 M. hatte nur Stade, alle anderen Orte hatten Preissteigerungen.

Die Preise für Getreide sind im Vergleich mit den anderen Getreidearten am wenigsten unter der allgemeinen Preissteigerung gelitten. Eine Preissteigerung um 1 M. hatte nur Stade, alle anderen Orte hatten Preissteigerungen.

Prozent und beim Weiz auf 62,1 Prozent. Billiger als vor einem Jahre sind Speiseeis auf 0,6 Prozent, Kalbfleisch und Schinken um 0,9 Prozent, inländisches Schmalz um 8,2 Prozent, Schweinefleisch um 9,1 Prozent, Speck um 10,0 Prozent und ausländisches Schmalz um 30,9 Prozent.

Die chinesische Revolution.

In den Kämpfen zwischen Revolutionären und den Regierungstruppen scheint sich das Kriegsglück vorübergehend den Verteidigern der Mandschubherrschaft zugunsten zu haben.

Rückzüge der Revolutionäre

In einem Gefecht in der Umgebung von Sankau wird jetzt von verschiedenen Seiten berichtet. Die kaiserlichen Truppen nahmen die Chinesen bei Sankau ein.

Das aussergewöhnliche Amt gibt ferner bekannt, daß der Zugverkehr auf der Eisenbahn zwischen Sankau und Peking am Montag wieder aufgenommen werden soll.

Gegenwärtig halten Teile der kaiserlichen Armee noch den Wohnort hinter der Fremdenmission.

Quangtschi übernimmt das Kommando.

Der alte kaiserliche Befehlshaber, der sich so lange gekümmert hat, der chinesischen Regierung aus der Pforte zu helfen, hat sich endlich doch zum Abzug entschlossen.

Wie die Petersb. Telegramm-Agentur aus Peking meldet, ist durch ein Edikt vom Freitag Quangtschi der Titel eines Vizekönigs verliehen worden.

Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Aus den Nachbarkreisen.

Ein Beitrag zur Frankenscheitere.

Die in Leipzig erscheinende Monatschrift für Kassenbeamte veröffentlichte Anschläge gegen die Verarmung der Gemeinen.

Es verdient noch erwähnt zu werden, daß dieser angebliche „Genosse“, der von „Mitteln“ redet, der Sozialdemokratie so fern steht, wie der Reichsverband angehörende „nationale“ Herr Kuhn.

Wittenberg. Der Verkauf billiger Kartoffeln seitens der Stadt soll bereits beginnen.

folgende Bekanntmachung: Auf Beschluß der städtischen Behörden werden in Expeditionen, Abteilung II, Dresdenerstraße, in den nächsten Tagen Kartoffeln an weniger bemittelte Haushalte, welche in Wittenberg den ein- bis zwei-Jährigen zum Preise von 2,80 Mark pro Zentner abgeben.

Wittenberg. Wegen schweren Stichtagsverbrechens, begangen an der eigenen Tochter, wurde der Lehrer Wulfert von hier von der Strafammer zu drei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Überwachtungsstrafe verurteilt.

Torgau. Parteiverammlung. In der letzten Abendlichen Parteiverammlung wurden zunächst die Vorläufe des Kartells für den Bildungsausschuss genehmigt.

Wittenberg. Einem Schiffer wurde hier am 15. Dezember beim Magistral eingedrückt, in der in einem schiffsbetrieblichen Geschäft handhablichen Unterwelt in schiffsbetrieblichen Räumen und Weiterbildung der Elementarkenntnisse erfolgen soll.

Dörfelitz. Acht übelle Folgen hatte hier ein fideles Ringeln im der Anebe. Der Arbeiter Fritz Köhler von hier kam unangenehm zu Fall, daß ihm ein Bein gebrochen wurde.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Wittenberg. Die Nationalversammlung empfiehlt die sofortige Bildung eines Parlaments und die Konstitution des Kabinetts unter Ausschluß der Minderheit.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Leichte, aber wirksame Agitationsarbeit.

Ein bringen der Appell an die auf Warten, in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Arbeiter.

Jeder Arbeiter trifft tagtäglich bei der Arbeit mit guten Kollegen zusammen, die bei der Reichstagswahl sozialdemokratisch stimmten, der Stadtverordnetenwahl aber fernblieben, obwohl sie von ihrer Beteiligung an der Wahl nicht den geringsten Nachteil zu befürchten hätten.

Genossen! Von der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl trennt uns nur noch eine Woche. Diese Zeit gilt es gründlich auszunutzen, um die lauen Kollegen anzureden und sie von der bringenden Notwendigkeit, ihrer Beteiligung an der Wahl zu überzeugen. Dazu findet sich in der Werkstatt, auf dem Bau und auf dem Heimweg immer aufs neue Gelegenheit. Nutzt diese Gelegenheiten so eifrig und energisch wie möglich aus. Es muß dieses Mal gefehlt werden! Und dazu bedarf es des Selbstwillens jeder einzelnen Stimme.

Material zum Aufmitteln der Uninteressierten liegt in Menge vor. Das nächste wirtschaftliche Interesse allein muß schon die Arbeiter zur Wahlurne treiben. Die Zusammenlegung des Stadtparlamentes mit für das Erwerbseinkommen der Arbeiter von immer größerer Wichtigkeit. Die heutige Gemeindeverwaltung ist ein Mittel der Klassenherrschaft; die auf die Herrschaft des Kapitals, besonders des Bodenbesitzes, gerichtet. Gemeindevorstellung macht die Arbeiter politisch zu Entbehrten. Aber dennoch ist es möglich, einen Einfluß auszuüben. Wenn auch ausgefallene Wahlverfahren den Volkswillen verächtlich darstellen und den proletarischen Einfluß in enge Grenzen banden, so hängt doch viel von unserm eigenen Willen ab. Je größer und besser organisiert Massen hinter uns, desto leichter werden wir mehr schädlicher Eifer für die Gemeindevorstellung in diesen Massen, um so größeren Einfluß werden die Vertreter, seien sie auch selbst nur ein kleines Stücklein, auf dem Rathaus ausüben. Und die Dinge, die dort zu entscheiden sind, haben die größte Wichtigkeit für die produzierenden Berufsarbeiter.

Die Gemeinde ist selbst Arbeitgeberin. Dadurch übt sie unmittelbar den größten Einfluß auf Lebenshaltung und Lebensgestaltung zahlreicher Arbeiter. Diefen gilt es, das Wahlrecht und eine wirksame Vertretung den Betriebsleitungen gegenüber zu sichern. Und wie weit ist die Stadt hinter ihrer Pflicht der Schaffung mangelhafter Arbeitsbedingungen zurückgeblieben. Darum gilt es in erster Linie, die Arbeiter und Unterbeamten der Gemeinde aufzurütteln, daß in ihnen Angst vor den Vorgesetzten, ihnen zu zeigen, daß im engen Zusammenhange mit ihren Klagen stehen, auch sie im Wahlrecht eine Rolle zu spielen.

Sehr groß kann unser Einfluß sein bei der Vergewaltigung städtischer Arbeiten. Man denke an die Verletzung der Streiklausel, die Möglichkeit der Sicherstellung des Wahlrechts und des Tarifabkommens durch die ihrer sozialen Aufgaben beraubte Gemeinde als „Kaubau“, nicht allein als Steuerzahler und Bürger — auch als Lohnarbeiter hat der Gewerkschafter ein Interesse daran, daß die Betriebe, die dem öffentlichen Bedarfs dienen, in eigene Hände überkommen und so der Ausnutzung durch das private Unternehmertum entzogen werden. Die Beteiligung des arbeitenden Volkswirtschafters an den Bauarbeiten, die Beschaffung angenehmer Wohn- und Unternehmenseinrichtungen für Haus, Hof und Garten u. a. liegt zum größten Teil in den Händen der Gemeinde.

Damit hängt eng zusammen die Forderung für den Hausarbeiter ein Übergang, ebenso die Förderung der Tätigkeit der Gewerbeanfängerinnen, die Durchführung des Waders, des Handlungsgewillens und des Kindererziehung, da ja die Stadt selbst die Vollziehung handhabt.

Ein Einwirkung des Gewerkschafters, die Forderung des Wahlrechts, von der die Art der Verfassung vom Gewerkschaftsamt und Einigungsamt zum guten Teil abhängt, liegt ebenfalls in den Händen der Gemeindeverwaltung. Nicht minder die Verwaltung des kommunalen Arbeitsnachweises, der am zweckmäßigsten mit dem Gewerkschaft und der Arbeitervertretung in Verbindung gebracht wird. So sehr wir grundmäßig immer wieder betonen müssen, daß der Arbeitsnachweis von Rechts wegen in die Hände der Arbeiter gehört, so wissen wir doch auch, wie schwer es zumeist ist, dieser Forderung Geltung zu verschaffen. Und heute, da das mächtig organisierte Unternehmertum alles daran setzt, den Arbeitsnachweis als Mittel zur Vernichtung der Organisation der Arbeiter, in seine Hände zu bekommen, wird es eine Gegenaktion der Arbeiter sein müssen, durch Förderung allgemeiner, obligatorischer Gemeindefürsorge auf vorläufiger Grundlage diesem Mißbrauch der Unternehmervollmacht entgegenzutreten. Der heilige Arbeitsnachweis Volkswohl ist eine ständige Gefahr.

Eng mit der Regelung der Arbeitsnachweise und der dadurch erzielten Hebung der Arbeitsmarkt hängt die Forderung der Beschaffung ausreichender Arbeitsgelegenheiten (Notstandsarbeiten), sei es durch Unterbringung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung durch die Stadt.

In diesen reinen Arbeiterangelegenheiten gefellen sich aber die Forderungen, die für die Verbesserungen im Wohnungswesen, Gesundheits- und Schulwesen von den Sozialdemokraten ganz besonders energisch und auch mit nachweislichem Erfolg vertreten werden. Die Lindenbaurichter Stadtverordneten auf diesen Gebieten schreiben schier zum Himmel; in der Eigenhaft jeden einzelnen aufzurütteln und zur Wahl zu treiben, werden sie wohl nur von dem empörenden Halleischen Polizeisystem noch übertraffen. Will nichts mehr trachten die der Aufführung über die Bedeutung der bevorstehenden Wahl, macht das wirtschaftliche Interesse, die Förderung der Kulturarbeiten noch nicht den geringsten Einfluß, dann wird der Hinweis auf die Vollziehung der Arbeiter, die Kaufkraft, die Monats- und Jahre von Gehalts und die größten Wäppler, die der Kampf um die Wahl, müssen den Jagstesten zur Wahl treiben.

Also, auf zur Agitation! Nutzt die Zeit aus! Nutzt jeden einzelnen auf! Arbeiter Halle: Schafft euch Vergeltung für das Blut des 13. Februar!

Das Ständeregiment.

Am 28. Februar 1910 hätte das Halleische Stadtparlament einen „großen Tag“, an dem es sich im vollen Glanze seiner durch ein nichtswürdiges Wahlrecht erzeugten Reaktion zeigen konnte. Gleich in der Anfangsdebatte sprach Herr von Blumme ein Wort aus, welches dieses Parlament als oberste Richtschnur vorgelegt zu werden verdient. Er sagte in Anlehnung an den Wahlrechtsantrag der Sozialdemokratie: Die Forderungen der Zeit können überall vertreten werden, nur nicht hier! — Ein treffendes Wort, wie selten eines. Schlägend bewies durch die Verhandlungen über den

Wahlrechtsantrag und die Arbeiterklasse der Stadt Halle. Infrage Genossen hatten beantragt:

Das Kollegium wolle beschließen, gemeinsam mit dem Magistrat bei der Staatsregierung umzulegen dahin vorzulegen zu werden, daß das Gesetz über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in einer den Forderungen der Zeit entsprechenden Weise abgeändert und insbesondere durch Neueinteilung der Wahlkreise den Städten der Einfluß gestärkt wird, der ihrer Steuerleistung und ihrer Bevölkerungsdichte entspricht.

Ranges und Breites wurde nun von den bürgerlichen Beisetzern ergehen, daß die Stadtverordneten sich mit solchen politischen Dingen nicht beschäftigen dürften. Herr Rixe hörte sich den Spatz an, folgte daraus, wie scharf seine Erklärung nach dem Gehören sein dürfte und sagte prompt, daß der Magistrat die Angelegenheit für eine politische halte und falls ein positives Ergebnis im Sinne des Antrages erzielt würde, die Zustimmung zu versagen würde.

Infer Wahlrecht damals zu der Sache, die jetzt folgte: Schleunigst trachten das haderretterische Beamtentum die Mittelstände à la Sozialer Ausschluß zusammen, kramten sich die Herrschaften und mit 28 gegen 20 Stimmen wurde — nicht der Antrag! — sondern die Vespaltung des Antrages abgelehnt. Die Selbstverwaltung von Halle, verkörpert im Regierungspräsidenten von Merzberg, war wieder einmal gerettet! Und außerdem hatte „man“ als liberales Männerturn zu nicht nötig, zur Wahlrechtsfrage selbst Farbe zu bekennen. Das wäre manchen fatal gewesen!

Nachdem man man vernahmt und gebroch den angeblich bei der Wahlrechtsfrage vernachlässigten Beamtentatortorien noch 6000 M. bewilligt hatte, war es eigentlich selbstverständlich, daß man den Arbeitern nichts gewährte. Herr Rixe gab als Meckrer zur Sache — bei solchen Dingen kann man einen Sozialdemokraten nicht gebrauchen! — jedoch die nötige Leugnung aus: Es ist nicht feststehend, daß von einer Postage gesprochen werden kann, die eine Erhöhung der Löhne unbedingte nötig machen würde! — Nein, teilsche nicht. Beamte mit 5000, 6000 und 7000 Mark Einkommen unterliegen einer Postage, aber Arbeiter mit 800 Mark Einkommen nicht. Weil nämlich die Arbeiter schon einen Niemen zur Zusammenführung der Wagengegend besitzen, die Beamten indes nicht. Außerdem sind auch die Arbeiterlöhne seit Jahren „fortgesetzt“ gestiegen — bis auf 800 Mark.

Eine Erbarmlichkeit war es, daß sofort, als die Beratung der Arbeiterklasse begonnen wurde, die bürgerlichen Stadtverordneten davonließen, laut schmatzen, lachten, aber sich nicht um die Sache kümmerten. Das ist der Ausfluß der vor den Wahlen stets mit rauschem Amtamt verführten Arbeiterfreundlichkeit bürgerlicher Politiker! Nach solchem Treiben war es selbstverständlich, daß alles abgelehnt wurde. Der sozialdemokratische Antrag lautete:

Angesichts der Tatsache, daß für die Lehrer und die hütlichen Beamten eine weitere Erhöhung ihrer Dienstbezüge gefordert wird, beantragen die Unterzeichneten, daß die Löhne der städtischen Arbeiter um drei Mark pro Woche und Arbeiter erhöht werden.

Diese Forderung wurde rundweg abgelehnt und nur beschließen, den Magistrat um eine „entsprechende“ Lohnenerhöhung zu bitten, die dem auch danach ausgerechnet hat. Wenigstens gab's noch Genuß und Raume. Aber keine durchgehende einheitliche Zulage. Die hütlichen Arbeiter wissen ein trauriges Liedchen davon zu singen.

Sie haben sich gedrückt — sie prügeln sich nicht mehr ...

Der Vort ist fertig. Die Beamten und die Kommunalbeamten haben sich gefunden und geeinigt. Eine reaktionäre Paktet steht jetzt der Sozialdemokratie gegenüber. Die freitenden Brüder haben, wie wir mitteilen, ihre angestimmten Kräfte zusammengestellt und so schädem begonnen. Das Polizeibüro berichtet:

Der Ausschuß des Allgemeinen Bürgervereins für städtische Interessen tagte im Hotel Stadt Berlin, um zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung Stellung zu nehmen. Es wurde über die erneuten Verhandlungen des Halleischen Bürgervereins mit dem Allgemeinen Bürgerverein für städtische Interessen Bericht erstattet und sodann in eine Aussprache darüber eingetreten. Die Abstimmung ergab nach reiflichen Erwägungen die Entscheidung für ein Zusammengehen mit dem Halleischen Bürgerverein, das weitere festzulegen. Auf die kombinierte Liste sollen als Kandidaten des Allgemeinen Bürgervereins die Herren Gröndel und Gröndel kommen, als solche des Halleischen Bürgervereins Wertheimer, Kühne, Wälfers, Renner, Mittelmeier, Meyer, Kretschmer, Oberlechner, Höp und Oberpostkammer, Schwarzschild, Eisenbahnreferent, Sällemann.

Nachdem hätte der Halleische Bürgerverein fallen lassen den Ingenieur Heine und Kaufmann Weisopf, und die Kommunalbeamten haben verzichtet auf den Versicherungsdirektor Bornshagen und den Oberingenieur Wimmer. Nach diesem Verzicht ist in der gemeinsamen Liste wieder ein Vertreter des Handwerks erwerblich noch irgendein privater Angestellter zu finden. Diese beiden großen Kategorien des Erwerbseinkommens haben die Teilnehmerliste einfach beiseite geschoben. Nur Handwerksmeister und Beamte stehen noch auf ihrer Liste, womit ihre ergränzende Forderung die auffällige Betonung erhält. Denn Beamte dürfen sich bekanntlich gar nicht anders als fönigstren und magistratsfromm betätigen. Die aufgestellten Handwerksmeister aber sind alle von der hochfönerbarischen Sorte. Der von den „liberalen“ Kommunalbeamten vorgeschlagenen Klempnermeister Grede ist gar noch der angehüllte reaktionäre. Er war bekanntlich bei der letzten Landtagswahl der fönigstren Gegenkandidat des liberalen Abgeordneten Deltus. Und jetzt — reiner Hand, linker Hand, alles vertauscht — wird er von den liberalen Kommunalbeamten als Stadtverordneter vorgeschlagen. Daß die fönigstren Beamten diesen fönigstren Herren sich nicht ungern von den „liberalen“ beiseiten lassen, ist verständlich. Aber auch mit dem Renier Gröndel haben sie einen rechten Gang gemacht, da er als ehemaliger Beamter seinen neuen Freundensicher nicht wehe tun wird. Die reaktionäre Wälfers paßt also wunderbar zusammen.

Wird dieser fönigstren Art der Einigung ist aber auch dokumentiert, daß es mit den Gegenständen zwischen den beiden bürgerlichen Gruppen nicht so weit her ist, als man dem Publikum vorzupreisen möchte. Nach vor einigen Tagen stellte in der Halleischen Zeitung ein Herr Sperrl, Ausschußmitglied des Halleischen Bürgervereins, die Gegenstände zwischen den beiden Gruppen wie folgt fest:

Die Bestrebungen beider Vereine sind freilich nicht immer in Einklang zu bringen, da der Allgemeine Bürgerverein für städtische Interessen mehr auf Seiten der reaktionären Beamten der Halleischen Verwaltung steht, während der Halleische Bürgerverein es sich zur Pflicht gemacht hat, ein neues, einseitiges Programm durchzuführen, die Interessen der wirtschaftlich Schwachen zu fördern und böhnerformlich zum Wohle der Allgemeinheit zu wirken. So ließ es vor wenigen Tagen, und jetzt ist alles eine Sache. Die wirtschaftlich Schwachen gebührt und einseitig; die tapferen Vordenkormer gehen Hand in Hand mit den Freunden der bürgerlichen Haus- und Grundbesitzer. Das ist eine so schmierige Verpuppelung widersprechender Interessen, daß selbst bürgerliche Wähler sich mit Abscheu von diesem Sammeljahr abwenden werden.

Die Arbeiterklasse aber wird mit um so größerer Wärme daran gehen, die Lippigkeit in die Fiamme zu hauen! Drum, frisch auf zum trüblichen Jagen! Nicht gesögert! Der Jagstpreis ist groß und wertvoll.

Die Arbeiterklasse aber wird mit um so größerer Wärme daran gehen, die Lippigkeit in die Fiamme zu hauen! Drum, frisch auf zum trüblichen Jagen! Nicht gesögert! Der Jagstpreis ist groß und wertvoll.

Die Arbeiterklasse aber wird mit um so größerer Wärme daran gehen, die Lippigkeit in die Fiamme zu hauen! Drum, frisch auf zum trüblichen Jagen! Nicht gesögert! Der Jagstpreis ist groß und wertvoll.

Die Arbeiterklasse aber wird mit um so größerer Wärme daran gehen, die Lippigkeit in die Fiamme zu hauen! Drum, frisch auf zum trüblichen Jagen! Nicht gesögert! Der Jagstpreis ist groß und wertvoll.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 30. Oktober 1911.

Die Säuglingssterblichkeit in Halle.

Ein Elternkapitel, den Stadtverordneten dringend zum Studium empfohlen:

Zu diesem traurigen Thema hat das Statistische Amt eine Arbeit geliefert, die uns zeigt, in welcher Richtung die öffentlichen Faktoren zukünftige Maßnahmen im Kampfe gegen die Säuglingssterblichkeit zu treffen haben. Es heißt darin u. a.:

Die Säuglingssterblichkeit in Halle a. S. hat analog der Entwicklung in den anderen deutschen Großstädten seit Beginn dieses Jahrhunderts eine stark fallende Tendenz. Ein Rückgang auf ihre Gestaltung in den letzten dreißig Jahren zeigt, daß im Durchschnitt dieses Zeitraumes jährlich 21 von Hundert der Lebendgeborenen im ersten Lebensjahre starben. In den Jahren 1880 bis 1885 hielt sich die Zahl der gestorbenen Säuglinge unter 21 Prozent. Die Jahre 1896 bis 1900 weisen eine Steigerung auf. Seit Beginn des neuen Jahrhunderts hat die Säuglingssterblichkeit mit Ausnahme der Jahre 1908 und 1909 von Jahr zu Jahr ständig abgenommen. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre ist die Säuglingssterblichkeit etwa 17 von Hundert zurückgegangen. Halle stand unter den 42 Großstädten im Jahre 1909, wenn man mit der ungünstigen Ziffer zu zählen anfängt, an 11. 1910 an 10. Stelle. In der benachbarten Großstadt Magdeburg waren die Verhältnisse noch ungünstiger als in Halle; dort starben von 100 Lebendgeborenen vor Erreichung des ersten Lebensjahres im Jahre 1910 18,08. Die beiden anderen Nachbarstädte Erfurt und Leipzig haben dagegen günstigere Zahlen: 14,17 bezw. 14,97 vom Hundert.

Auf die Höhe der Säuglingssterblichkeit übt der Anteil der unehelichen an den überhaupt gestorbenen Säuglingen einen bedeutenden Einfluß aus. So betraffte sich z. B. die Sterblichkeit der ehelichen Kinder in Halle im Jahre 1910 auf 14,0, die allgemeine Säuglingssterblichkeit unter dem Einfluß der unehelichen Säuglinge aber auf 16,7. Wenn man sich vergewissert, daß der Anteil der unehelichen Kinder an den überhaupt Lebendgeborenen fortwährend steigt, so tritt entgegen-

Rayon-Seife

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Besonders wird man überrascht sein über die absolute Schonung jedes Gewebes, sei es gewöhnliche Wäsche, sei es Wolle, Baumwolle oder Seide. Die Stoffe laufen nicht ein und behalten ihre Weiche und ihre ursprüngliche Farbenschönheit. Dabei ist die Rayon-Seife außerordentlich ausgiebig. Schon bei ganz leichtem Aufstreichen ist der Schaum da.

Preis pro Stück 20 Pfg. Ab 20. Oktober überall erhältlich.

2. Beilage zum Volksblatt.

Lohnerrhöhung und Verelendung.

Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung hat sich eine Zustände von nicht allseitiger Beachtung vollzogen; die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer im Buchdruckergewerbe haben sich über die Verlängerung des Tarifvertrages geeinigt. Es handelt sich nicht eigentlich um einen neuen, sondern um die Revision des bestehenden Vertrages. Der bestehende Vertrag ist am 1. Januar 1907 in Kraft getreten und gilt bis zum 31. Dezember 1910. Es war in diesem Verlaufe, daß nach Ablauf von fünf Jahren der Tarif einer Revision unterzogen werden kann, wobei besonders erwähnt wird, daß Lohnforderungen der Arbeiter durch verbesserte Lebensbedingungen begründet sein müssen. Am Ende es zu seiner Einigung kommen sollte, war vorgesehen, daß der Tarif noch ein weiteres Jahr, also bis Ende 1912, gelten würde, dann aber der ganze Tarifvertrag außer Kraft gesetzt wäre. Nach langen Verhandlungen haben nun die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer sich auf einen Tarif geeinigt, der generell eine Lohnerrhöhung von 10 Prozent vorseht. Ferner sind Änderungen in Bezug auf die Ortszuschläge vereinbart, die Arbeitszeit ist um eine halbe Stunde pro Woche vermindert worden, Änderungen sind auch in den Arbeitsverhältnissen der Maschinenfeger zu verzeichnen.

Aber die Einzelheiten dieses Vertrages wird ebenfalls in Kreisen der Beteiligten viel diskutiert werden. Wenn allerdings die berechtigten Arbeiterklasse eine feste Zustimmung sich besterbar macht, die sehr reichlich in einer Versammlung der Bezirksvereine, an der gegen 10.000 Personen teilnahmen, zum Ausdruck kam. Diese Erregung ist durchaus verständlich, da der Lohnzuschlag von 10 Prozent absolut unzureichend ist.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß seit Beginn des Jahres 1907 der Lebensunterhalt um mehr als 10 Prozent teurer geworden ist. Die Wohnungsmieten und die Preise der Lebensmittel sind mehr als um diesen Prozentsatz verteuert worden. Nichts desto in diese Zeit die Verteilung der Volkseinkommen der neue Volkstarif fast beinahe um 1. April 1908 in Kraft und der große Ausbau der „Steuerreform“. Wenn also ein Buchdrucker im Jahre 1912 10 Prozent mehr Lohn erhält, als er 1907 erhielt, so ist damit noch kein Ausgleich geschaffen, sein Reallohn ist gegen 1907 nicht gestiegen. Sollte er bisher 30 und erhält jetzt 33 Mark die Woche, so ist der Kaufkraft dieser 33 Mark geringer, als es 1907 die Kaufkraft der 30 Mark war. Aber niemand garantiert dafür, daß nicht das Gleiche der Preise weiterhin anhält, im Gegenteil, es ist nahezu sicher, daß es anhalten wird. Da aber der Vertrag bis Ende 1910 bindet, so muß eine weitere Verschlechterung der Lage eintreten. Das angeht die besten die Buchdrucker allein Grund haben, unzufrieden zu sein ist klar. Ihre Vertreter hatten Hoffnungen, der Vertrag ist geschlossen, es bleibt nichts anderes übrig, als ihn anzunehmen.

Nun fragt es sich, ob diese Vertreter richtig daran gehandelt haben, den Vertrag unter diesen Bedingungen zu schließen? Wir zweifeln nicht einen Augenblick daran, daß diese Vertreter die Sache ihrer Mandatäre mit allem Eifer geführt haben. Sie haben bestimmt nicht verabsäumt, das ganze Tarifmaterial in Bezug auf die Forderung zusammenzutragen, wobei sie vornehmlich die ihnen gestellte erscheinenden Punkte zu Male gezogen haben. Doch ist mit diesem Material den überwiegenen Bemühen für die Berechtigung weitergehender Lohnforderungen erbringen konnten, erscheint sicher. Dinge es nach „Treu und Glauben“, dann hätten die „Prinzipale“ diese Forderungen auch bewilligen müssen, denn es entspricht dem Geiste des Vertrages, daß die Arbeiter 1910 nicht schlechter gestellt sein sollen, als 1907. Ansehen, hier entscheidet die nachste Nachfrage. Die Unternehmer bewilligen 10 Prozent; wiesen die Vertreter der Arbeiter das ab, dann galt von 1913 ab der ganze Vertrag nicht mehr, dann entbrannte der Kampf auf der ganzen Linie. Darfste er risikiert werden? Das ist die verhängnisvolle Frage.

Kein Zweifel: die Buchdrucker verfügen über eine vorzügliche Organisation. Und wenn also die Frage des Streikrechts unter ihnen nicht die Bedeutung haben mag, die sie für andere Gewerkschaften hat, so lauert doch bei ihnen Lebensbewegungen ein fürchterlicher Feind — die Maschine! Die Druckereientnehmer, die auf die Handfester angewiesen sind, würden ruiniert, aber die Weitzer von Spezialmaschinen könnten mit einigem Erfolg darauf rechnen, ihren Betrieb fortzusetzen, sie würden einige Chancen haben, Streikführer zu finden. Denn obwohl die Spezialmaschine nur in der Hand der tüchtigsten Arbeiter Großes leistet, ist es heute nicht mehr ausgeschlossen, sie von angelegenen Maschinen bedienen zu lassen. Festlich wäre damit die Frage noch nicht gelöst, denn mit der Herstellung des Gases auf der Maschine ist erst ein Teil getan, es gehört noch dazu die Arbeit des Weitzers, des Korrektors, des Stereotypers, des Druckers, um seine Zeitung oder ein Buch herzustellen. Das alles sind Arbeiter, die nicht von dem besten besten Mann geleistet werden können, aber unmöglich wäre die Weiterführung des Betriebes nicht. Es erscheint ein Sieg der Arbeiter insofern in Frage gestellt, als es unter solchen Umständen auf das Ausbauen ankommen würde. Die kleinen Schindler würden zugrunde gerichtet, aber die großen Unternehmern würden es auf einen Kampf ankommen lassen. Sollte es ihnen gelingen, die Arbeiter niederzulegen, dann wäre es freilich eine demütigende

Niederlage. Es würden dann die Sieger die bestehenden Verhältnisse in Bezug auf das Verhältnissen, auf die Maschinenarbeit (Verbesserung der Spezialmaschine nur durch getriebene Buchdrucker) revolutionieren, und mit der Stellung der Buchdrucker, die im gewissen Sinne eine Sonderstellung innerhalb der Arbeiterschaft ist, wäre es vorbei.

Wie gelangt der Sieg des Unternehmertums in diesem Kampfe ist nicht ohne weiteres wahrnehmbar, aber er ist nicht absolut ausgeschlossen. Würde die Arbeiterschaft aber nicht sehr viel auf dem Spiele. So entstehen wir uns die Haltung der Vertreter der Arbeiter, die die Verantwortung für einen Kampf unter diesen Umständen nicht stehen überlassen zu dürfen und in den Vertrag willigten, trotzdem er nicht befriedigen kann.

Nebenfalls steht aber die Tatsache fest: die mächtigste gewerkschaftliche Organisation Deutschlands, und damit eine der mächtigsten der Welt, ist nicht imstande, auch nur die Verschlechterung der materiellen Lage ihrer Mitglieder zu verhindern, geschweige denn ihre Lohnforderungen durchzusetzen und so die Lage zu heben.

Nicht anders ist es aber, was feinerzeit mit dem Ausdruck „Einkaufsarbeit“ bezeichnet wurde. Mit welcher maßlosen Wut sind damals viele Führer der Gewerkschaften über dieses Wort hergefallen! Das diese Worte im Streite nach dem Ausgange des großen Kampfes im Baugewerbe und jetzt nach den bitteren Erfahrungen der Buchdrucker ihr Unrecht eingestehen, wagen wir nicht zu hoffen. Aber die Masse der Arbeiterschaft erfährt am eigenen Leibe die bittere Wahrheit, daß keine Macht der Welt, selbst nicht die Macht der gewerkschaftlichen Organisation, ihre Lage in der kapitalistischen Gesellschaft dauernd heben kann. Die gewerkschaftliche Organisation leistet enormes, aber sie kann nicht die Grundgesetze des Kapitalismus aufheben, sie kann nicht den Proletariats eine einträgliche Existenz schaffen, sie kann nicht einmal die weitere Verelendung aufhalten. Niedrigung der kapitalistischen Klassenverhältnisse allein kann Erlösung bringen. Ein anderes gibt es nicht. (S. 2.)

Aus den Nachbarkreisen.

Für unsere Vertreter in den Stadt- und Landgemeinden.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschien unter dem Titel „Das Kommunalprogramm der Sozialdemokratie“ ein Buch, das schon lange von unseren Gemeindevorstehern als ein bringendes Bedürfnis empfunden wurde. Es ist ein sicherer Führer für die Tätigkeit sozialdemokratischer Vertreter in den Gemeinden. Am unfernen Parteimitgliedern die Anschaffung zu erleichtern, kann das Buch durch die Organisation zum Preise von 2.10 M. (Porto extra) bezogen werden. Bestellungen sind dem Orts- oder Kreisvorstand zu übermitteln.

Zur Agitation für die Reichstagswahl empfehlen wir ferner eine Broschüre, die besonders zur Agitation gegen die Marcarer dient. Das Buch trägt den Titel: „Die Agrarsozialpolitik in den Agitationskämpfen“ (Preis 1.50 M.). Parteimitglieder können das Buch zum Preise von 90 Pf. erhalten.

Der Bezirksvorstand.

J. M. A. Dreißer, Halle a. S., Parz. 42-43.

Paffenberg. Gemeindevorsteher-Sitzung. Mit der Auflösung der vereinigten Auswärtigen wird der Gemeindevorsteher beauftragt. Die Dorfstrafen sollen elektrische Beleuchtung erhalten und wird die Verteilung Anzahl und Zeit der anzubringenden Lampen festlegen. Vertrag wird der Verteilung eines Teiles des Gemeindegeltes. Maßnahmen der gegenwärtigen Steuerung zu steuern, werden, weil nicht durchführbar, abgelehnt. Am 4. und 5. November finden auf den Paffenberger Wiesen Schauläufe statt. Die Veranstalter zahlen für Benutzung der Wiese pro Tag 50 Mark in die Gemeindegasse. Der Stadt Halle sind in Summe 85.90 Mark veranschlagte Amortisation zu erstatten. Am Kreise Merseburg stehen zwei Volkshäuser zu Verfügung, die gegebenenfalls gegen Zahlung einer feststehenden Gebühr requiriert werden können. Die Kanalangelegenheit in der Gutschke Straße wird abermals vertagt. Die Revisionskommission erstattete Bericht über Prüfung der Armen- und Gemeindefälle. Dieser ergibt u. a. eine Jahreseinnahme an Einkommensteuer von 322.50 Mark. Die Viechersteuer brachte in dreizehnter Jahren reichlich 500 Mark. Bericht wurde noch, daß häufig Winterfährde ohne Aufsicht an Tanzplätzen teilnehmen. Es wird in Zukunft schärfere Kontrolle ausgeübt und event. Anzeige erstattet.

Witterfeld. Öffentliche Versammlung. Am Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Solonsolern eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Frick Bruner über den Aufbruch der Parteien zum Reichstagswahlkampf sprechen wird. Es ist Ehrenpflicht aller Genossen, allerorts rasch für guten Besuch dieser Versammlung, vor allen Dingen bei den uns noch fernstehenden Kreisvorsitzenden zu agitieren.

Witterfeld. Eine Stadtvorordnetenversammlung findet morgen, Dienstag, abends 6 Uhr, statt. In der Sitzung wird u. a. der Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindegeldangelegenheiten im Rechnungsjahr 1910 gegeben.

Gräfenhainichen. Eisenwerk veranlaßt den im benachbarten Groß-Wölkau wohnenden Arbeiter Richard Berndt zu mehreren Anzeigen gegen den Bohrmeister Hermann Wagner von dort. Er wohnt bei G. im Legeh. Es kam zwischen beiden zu

Differenzen, weil der Meister sich der Frau des Arbeiters in unzulässiger Weise genähert haben sollte. Hiermit war B. ein Familienvater von 7 Kindern, namentlich nicht einverleibten, zumal er von B. höchlichst bedroht, belästigt und am 11. Juni auf offener Straße überfallen sein sollte. In dieser freilich Situation schloß er bei dem Aufbruch einer Anzeige und richtete an die Staatsanwaltschaft zwei Schreiben, in denen 23 der Eingänge des öffentlichen und häuslichen Friedens beschuldigt wurde. Diese Anzeigen sollten offensichtlich falsch erachtet sein, insofern B. eine Anzeige vor der Einmündung hatte zu bestehen hätte. Der Beschuldigte befahte vor Gericht, der Richter hatte verurteilt, keine des Angeklagten Gehalt zu bedecken an sich zu leisten. Darüber ist er beratig worden, daß er den Richter am liebsten gleich niedergelassen hätte. Als er den Richter angeschrieben, habe dieser ihn schließlich auf der Straße belästigt. Eine Beschwerde gegen B. seien unternommen worden. Die Vernehmung des Bohrmeisters geschah unter Aufsicht der Defensivisten, da man eine Verleumdung der Zeit befürchtete. Das Ergebnis der Verhandlung war die kostenlose Verurteilung des Angeklagten mit dem Hinweis, er habe bei Erstattung der Anzeige sehr wohl im Rechte gestanden. Dem Richter wurde die Ermahnung mit auf den Weg gegeben, dem Angeklagten nun künftig in Ruhe zu lassen.

Werra. Aus dem Gemeindeparlament. Zunächst wurde die vom Ortsvorstande und der Subkommission geprüfte Rechnung von 1910 von der Gemeindeverwaltung genehmigt. Dagegen ist durch eine Einnahme von 155.290.47 M. und einer Ausgabe von 98.747.96 M. ab. Die Ausgaben betragen aus folgenden Posten: Dienstbesoldungen der Gemeindevorstände 9.017.52 M., Arbeitslohn 21.212.17 M., Verwaltungskosten 791.97 M., Schulden 43.307.17 M., Reparaturen an Gemeindegeldern 268.90 M., Jubiläumsgelder der Pension 109.10 M., Grundsteuer, Feuer- und Versicherungsbeiträge 85.91 M., Straßenbeleuchtung 3.268.28 M., Waisenrenten 6.880.09 M., Armen- und Krankenlohn 8.352.19 M., sonstige Ausgaben 5.325.21 M., Verwaltung der Waisen für 1910 1.000 M. Es wurden für deutsche pro 200 1.000 M. beantragt. Weiter lag der Vertretung eine Verfügung der Regierung vor, Maßregeln gegen die Zuerung zu erlassen, welche solche für unsere Ort in Betracht kämen, wie unmittelbare Verleumdung, Errichtung von Friedhöfen, Wollenbesatz von Hallen- und Gassen, und anderen mehr. In der Beschriftung waren die höchsten Rechner darin enthalten, daß die entsprechenden Mittel nicht zur Verfügbaren seien. Nach Ansicht der Gemeindeverwaltung liegt ein Bedürfnis zum Einschreiten nicht vor.

Werra. Eine reichsrechtliche Spitzbuben-Kommission ist hier aufgestellt worden. Unter den Personen, die in der Provinz, aber in der Provinz, sind nach dem Gesetz verurteilt, befindet sich auch die Frau Magdalena Paezuba, die Ehefrau des Kronzeugen, der gegen die Verargerbeitung lagbar geworden, aber abgelehnt. Weitem. Er selbst hat nach seiner Behauptung natürlich noch mit Weizen und Brot bewirtschaftet. Unsere Genossen wissen aber, was an dieser reichsrechtlichen Spitze dran ist. Das die Gutsbesitzer Reichsverbandsblätter gegen diese Spitzbubenkommission ebenfalls scharfe Worte finden werden wie über den bedauerlichen Vorfall im Bergarbeiterverband, ist ausgeschlossen. Handelt es sich um die Schließung der Unternehmerrichtung und mühen möglichst alle beide Klagen aufgehoben werden.

Witterfeld. Aus der gütlichen Veltordnung. Ein aller Invalide und Veteran an diesem dieser Lage einen Strafbefehl über eine Marz vom Amtsvorstande geschickt, weil er die Wiese des Kreisverwalters Schrabber in der Gegend besetzen und dort Weizen aufgeschlagen hätte. Eine Arbeiterbewegung hätte die wenig menschenfreundliche Demütigung begangen. Es ist tief beschämend, daß es immer noch Arbeiterfrauen gibt, die sich zu solchen häßlichen Angelegenheiten, wie sie das Mannsfeld Gutes großgezogen hat, hergeben. Aus Not hätte sich der alte Veteran, der sich von einer Penne von monatlich 45 Mark unmittelbar ernähren muß, Erden geholt, um sie zu rösten und „Kaffee“ davon zu kochen. Ein treffliches Bild aus unserer Gesellschaftsordnung, die den Gutes des „heiligen“ Eigentums bis ins kleinste betreibt, wenn auch die so viel gepriesene ärztliche Achtsamkeit dadurch zur bloßgestellten wird. Das Schicksal: Die kleinen Dicks hängt man, die großen läßt man laufen! scheint ja im geeigneten Mansfeld sehr zur Geltung gebracht zu werden.

Wittenberg. Volksblattler! Am 1. November geht die Expedition des Volksblattes an den Genossen Alwin Sahn über. Unsere Leser werden begreifen, falls sie einmal bei der Feststellung in den ersten Tagen übersehen werden sollten, sich sofort an den neuen Überträger zu wenden.

Unter-Witterfeld. Zu der Wuttat, über die wir in voriger Nummer berichteten, wird dem Häftlinge Wochenblatt von einem Bruder des Verletzten beizugehen mitgeteilt, daß die Verwundung, der irrtümliche Bruder habe auf einen Wohnort geschossen, unzutreffend sei. Ob der Kunde auf den Bruder Reichend geschossen und ihm die Verletzung beigebracht hat, sei nicht bewiesen, denn es habe niemand etwas gesehen. Weitergens soll die Verletzung nicht so gefährlich sein, als anfänglich angenommen wurde.

Wittenberg. Kommunales. Nach einem vom Stadtvorordnetenkollegium und dem Magistrat angenommenen Ordfatrat wird die Zahl der Stadtvorordneten in Rücksicht auf die Einwohnerzahl (33.881) von 36 auf 42 erhöht. Die Mehrzahl der zu wählenden Stadtvorordneten soll bei den bevorstehenden Stadtvorordnetenwahlen im November berücksichtigt werden.

Beibehalten gesunde und -magen-darmkranke **Kufeke** Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Sunlicht
Seife
10 & 25
Pfennig



Sie ist am Waschtage unentbehrlich!
Sie ist der Wäsche ungefährlich!
Sie macht wie Schnee die Wäsche weiß!
Jhr gilt daher allein der Preis!

